

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Krefeld
Verlag: Riesner
Krefeld Nr. 22

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Krefeld, des Rates der Stadt Krefeld, des Finanzamts Krefeld und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagskonten:
Dresden 1580,
Grosztaffe:
Krefeld Nr. 52

Nr. 167.

Mittwoch, 20. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 2 mal hohe Druckzettelsätze (6 Seiten) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restlamelle 100 Gold-Pfennige; jeitrahender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Unvollständiger Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Riage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Krefeld. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Wächter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Krefeld. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Krefeld; für Anzeigen: Wilhelm Gittich, Krefeld.

Herrn de Broquevilles Wandlungen.

Angelehnt der völligen Haltlosigkeit der Behauptungen des belgischen Kriegsministers de Broqueville über die Reichswehrleistungen hat man sich vielfach die Frage gestellt, aus welchen Gründen sich dieser belgische Minister zu seiner Rede überhaupt verlor. Man wird nicht etwas Neues sagen, wenn man behauptet, daß Herr Voironard zu mindestens als einer der Väter dieser Rede anzusprechen ist. Inzwischen sind aber weitere Einzelheiten aus Brüssel über die parlamentarische Stellung des belgischen Kriegsministers ins Ausland gedrungen, die den wahren Ursachen der bekannten Rede noch etwas näher kommen. Um diese Gründe zu verstehen, muß man sich etwas aus der politischen Vergangenheit des Herrn de Broqueville rekapitulieren. Bekanntlich war der derzeitige Kriegsminister Belgiens auch Mitglied der in den Jahren 1917 und 1918 in La Haye "reklämierenden" belgischen Regierung Cooreman. Als solcher hat er wiederholt den von dem deutschen Generalgouvernement in Brüssel entlassenen Belgier Coppel empfangen. Coppel hatte den halbamtlichen Antrag, in den Kreisen der nach Frankreich geflüchteten belgischen Regierung über eventuelle Friedensabsichten zu sondieren. Nach Kriegsende machten die belgischen Nationalisten Herrn de Broqueville sein angeblich deutschfreundliches Verhalten zum Vorwurf. Sie verlangten sogar nichts Geringeres, als eine Anklage gegen ihn wegen Landesverrats zugunsten der Feindmächte. Auf Grund dieser Vorwürfe mußte Herr de Broqueville damals sein Ministerportefeuille zurückgeben und sich ins Privatleben zurückziehen. Verschiedenen Parteifreunden hat er es zu verdanken, daß er bei der Bildung des gegenwärtigen Brüsseler Kabinetts wiederum mit dem Portefeuille des Kriegsministers betraut wurde. Offenbar um seine "Scharte" aus den Jahren 1917/18 auszugleichen, bemühte sich Herr de Broqueville, seitdem er glücklich wieder Kriegsminister geworden war, ansehnend mit gutem Erfolg, sich als belgischer "Ubernationalist" zu gebärden. Welche günstige Früchte seine "Wandlungen" ihm bereits erbrachten, das geht schon daraus hervor, daß die belgischen Nationalisten nunmehr entschlossen zu sein scheinen, ihn zum "parlamentarischen Vorkämpfer des belgischen Nationalismus" zu ernennen. Wenn man sich diese Vorgänge in Brüssel vergegenwärtigt, dann wird man wohl nicht lange nach den Ursachen zu forschen haben, die Herrn de Broqueville zu seiner "sensationalen" Rede veranlaßten. Im übrigen sei der Rede de Broquevilles, deren Wortlaut nun durch die belgische Note vorliegt, folgendes entgegengehalten: Wenn der demokratische Abgeordnete Rönneburg im Reichstag erklärte, daß seit längerer Zeit 15—20 000 entlassene Reichswehrangehörige auf Anstellungen warteten, so sprach er lediglich von der Gesamtzahl der im Verlauf der letzten Jahre entlassenen Reichswehrangehörigen. Keineswegs aber, wie Herr de Broqueville ja lächlich annimmt, von der Zahl der entlassenen Reichswehrangehörigen des letzten Jahres. Auch die Behauptung de Broquevilles, daß Deutschland nach Bedarf seine Heeresstärke verdreifachen könnte, ist absurd. Denn gesetzt der Fall, Deutschland wäre hierzu in der Lage, woher sollte die Reichswehr die Ausrüstung eines derartigen Heeres hernehmen?

Das nicaraguanische Abenteuer.

Vor einigen Wochen ließ der amtliche Apparat Washingtons verbreiten, daß das amerikanische Abenteuer in Nicaragua auf Grund der Ueberrahme des Protektorats der Vereinigten Staaten von Nordamerika über die kleine nicaraguanische Republik endgültig zur Zufriedenheit aller Beteiligten beigelegt sei. Die letzten Nachrichten aus New York bezeugen, daß diese Washingtoner Feststellung zum mindesten ein Kreuzschuß war. Wenn, wie es sich jetzt herausstellt, innerhalb Nicaraguas blutige Kämpfe zwischen den amerikanischen Landungstruppen und den Nicaraguanern, wie der amtliche Washingtoner Bericht vorstellig sagt, stattgefunden, und zwar Kämpfe, die auf Seiten der Eingeborenen bis jetzt nicht weniger als 800 Tote kosteten, so will diese Kunde noch wohl nicht für eine "völlige Beilegung" der inneren Verhältnisse Nicaraguas sprechen. Der amerikanische Staatssekretär Kellogg hat in einem Brief an die "America Federation of Labor" das amerikanische Vorgehen damit zu rechtfertigen versucht, daß er die Feinde Amerikas in Nicaragua als "Banditen" bezeichnet. Versuchen wir einmal, das Weizen und die Absichten dieser nicaraguanischen "Banditen" bloßzulegen. Man erinnert sich, daß die Landung der amerikanischen Marinestruppen in Nicaragua damals von Washington befohlen wurde, unter Verweigerung der Tatsache, daß der "reguläre" Präsident der Republik Diaz von Rebellen bedrängt werde, und es nicht der Vereinigten Staaten von Nordamerika sei, die Staatsautorität Diaz zu schützen. Von verschiedenen Seiten auch innerhalb des amerikanischen Volkes wurde gegen diese Begründung der Gegenwind erboben, daß dieser Herr Diaz in Wirklichkeit gar nicht der reguläre Präsident Nicaraguas sei, sondern nur ein Despot, der keineswegs davon zurückzusehen, seine Machtstellung auch mit einem kompletten Landesverrat zu erhalten. Dieser Landesverrat des Herrn Diaz kann übrigens jeder in dem Protektoratsvertrag zwischen Washington und Nicaragua nachlesen. Worin Herr Diaz auf den größten Teil des Selbstbestimmungsrechtes des nicaraguanischen Staates zugunsten Nordamerikas verzichtet, ist in der sicheren Erwartung, daß Washington nunmehr seine Präsidentenwahl schon allein durch die Anwesenheit seiner Truppen gewährleisten wird. Wenn der amerikanische Staatssekretär Kellogg von "Banditen" spricht, gegen die

Belgische Antwort auf die deutsche Note.

Der deutsch-belgische Notenwechsel.

Berlin. Nachdem die belgische Regierung auf die deutsche Note zur Broqueville-Rede geantwortet hat, ist der deutsch-belgische Notenwechsel gestern abend der Öffentlichkeit übergeben worden.

Brüssel, 19. Juli. (Reibung der Belgischen Telegramm-Agentur.) In Beantwortung der deutschen Antwortnote sagt die belgische Regierung u. a.:

Man darf sich darüber wundern, daß die Reichsregierung Belgien vorwerfen zu müssen meint, die Friedensgefühle nicht kennen zu wollen, während nämlich vom Reichstag veröffentlichte Dokumente die Legende wieder ins Leben zu rufen verlangen, nach welcher Belgien die Neutralität verletzt hätte, und die belgische Regierung sowie die belgische Bevölkerung Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Neutralität begangen hätten. Die Duelle, die der belgische Kriegsminister für seine Behauptungen benutzt hat, sind klar und wurden sorgfältig geprüft. Wir müssen also die angeführte Zahl der Entlassungen und der Einrückungen aufrechterhalten. Wir bemerken, daß der Minister schon am 15. Februar 1927 seine Behauptungen der Kammer mitteilte und daß ihre damalige Veröffentlichung der deutschen Regierung nicht Anlaß gab zu protestieren. Das die Erklärungen des Hrn. Rönneburg im Reichstage anbetrifft, so wurde ihr Wortlaut aus den Berichten deutscher Zeitungen entnommen.

Zum zweiten Teil der deutschen Antwortnote, der die Entwaffnungsverpflichtungen behandelt, sagt die belg. Regierung: Es genügt den Nachkommen, das Militärbudget des Reichs zu prüfen, um festzustellen, daß die Rüstungsausgaben außer jedem Verhältnis zu den Bedürfnissen eines 100 000 Mann-Heeres stehen, das den Rüstungsbedingungen unterworfen ist, die das Reich in Versailles angenommen hat. Außerdem hat schon im Jahre 1926 die deutsche Presse darauf hingewiesen, daß die Gesamtangaben der Reichswehr 60 Prozent der Ausgaben der preussischen Armee im Jahre 1918 ausmache.

Die belgische Regierung erwähnt noch den amtlichen Bericht vom 12. März 1925, in dem darauf aufmerksam gemacht

die amerikanischen Landungstruppen hätten vorgehen müssen, so meint er wohl die Truppen der nicaraguanischen Opposition. Das heißt den Teil des nicaraguanischen Volkes, der sich mit der Präsidentenwahl eines Landesverraters unter keinen Umständen einverstanden erklären will. Es ist sicher anzunehmen, daß es den amerikanischen Streitkräften in Nicaragua, zumal wenn die erbetenen Verstärkungen eingetroffen sind, gelingen wird, in Kürze mit den "Banditen" fertig zu werden. Immerhin läßt sich auch durch diese Tatsache aus der Welt schaffen, daß wiederum eine Großmacht unterdrückt und in der verhängnisvollen Weise in die internen Verhältnisse eines anderen Staates eingegriffen hat. Und dies im Zeichen des Völkerbundes! Man darf gespannt sein, ob sich die Weltkrieger in Genf dieser neuen Bräuterei ihrer Idee annehmen werden.

König Ferdinand von Rumänien gestorben.

Belgrad. (Funknach.) Die Agentur Pavaš meldet aus Bukarest: König Ferdinand von Rumänien ist heute nacht 2 Uhr gestorben.

Unterbrechung der Abrüstungskonferenz.

Die englische Delegation reist nach London.

Genf, 19. Juli. (Telunion.) Wie heute abend verlautet, begeben sich die Führer der englischen Delegation heute nach London, um mit der englischen Regierung Rücksprache über die Weiterführung der Genfer Abrüstungskonferenz zu führen. Lord Robert Cecil verläßt heute abend Genf; der Führer der englischen Delegation, Lord Bridgeman, reist im Laufe des morgigen Vormittags ab. Die militärischen Sachverständigen der englischen Delegation verbleiben jedoch in Genf. Wie von der englischen Delegation mitgeteilt wird, werden die englischen Delegierten zwei bis drei Tage in London bleiben und nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Londoner Regierung Ende der Woche nach Genf zur Weiterführung der Verhandlungen zurückkehren. Ueber die Ursache der plötzlichen Abreise der englischen Delegationsführer werden zunächst keine Mitteilungen gemacht. Die amerikanischen und japanischen Delegierten verbleiben jedoch in Genf. Die Delegationsführer der drei Delegationen sind im Laufe des heutigen Vormittags zu einer längeren Sitzung zusammengetreten; die Basis der Verhandlungen bildete ausschließlich das englisch-japanische Abrüstungsprogramm. Doch wird von amerikanischer Seite mitgeteilt, daß eine Reihe weiterer neuer Kombinationen aufgetaucht seien, die gegenwärtig von den Sachverständigen eingehend geprüft werden müssen. Man nimmt an, daß während der Abwesenheit der englischen Delegationsführer die Sachverständigen die Verhandlungen über die Stellung der technischen Abrüstungsfrage weiter fortsetzen werden.

wird, daß die allgemeinen Ausgaben seit dem Krieges vermindert werden sollten, da der Friedensvertrag gewisse Einrichtungen, die den Großen Generalstab und gewisse Rüstungsformen, die schwere Artillerie, Feldartillerie, Flugschiffe usw. unterliegt.

Brüssel wenig erbaut von der belgischen Antwort.

Brüssel (Telunion.) Die belgische Antwortnote ist gestern abend in den Brüsseler Blättern veröffentlicht worden. Die belgische Regierung weigert sich, ihre direkten und indirekten Informationsquellen anzugeben. Zudem stützen sich die Angaben Broquevilles auf den Etat der Reichswehr und auf Artikel deutscher Zeitungen, aus denen er seine Schlüsse gezogen habe. Die Veröffentlichung der Note ist in Brüssel mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. In bestimmten Kreisen erklärt man, daß die Ausführungen Broquevilles unannehmlich gewesen seien und sich auf weit zurückliegende Dokumente stützten, die durch Entschuldigungen der Vorkonferenz überholt seien. Die belgische Antwortnote wird als eine Polemik und nicht als eine Antwort, die sich auf Beweise stützt, angesehen. In Regierungskreisen soll über die Zweckmäßigkeit der Note eine geteilte Ansicht herrschen.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin. (Telunion.) In Berliner diplomatischen Kreisen hat die Tatsache, daß die belgische Regierung ihre Antwort an die deutsche Regierung in Brüssel der Öffentlichkeit übergeben hat, große Verwunderung erregt. Diese Maßnahme berührt umso bestreblicher, als die deutsche Regierung sich gestern in ionischer Weise bereit erklärte, von einer Veröffentlichung des Notenwechsels Abstand zu nehmen, obwohl sie der deutschen Öffentlichkeit gegenüber schon die ganze Wahrheit über den Inhalt der Broqueville-Rede gegeben ist, zu klären. Zu dem Inhalt der belgischen Antwortnote läßt sich nur von neuem feststellen, daß die angeblichen Tatsachen durch die gestrichelte deutsche Note bereits bis ins einzelne widerlegt sind.

Die Organisation der Hindenburgspende.

Berlin. Die Hindenburg-Spende beruht auf dem gemeinsamen Anruf der Reichsregierung und der Länderregierungen. Sie ist das Sammelbecken für die zu der Ehrengabe für den Reichspräsidenten aus Anlaß seines bevorstehenden 80. Geburtstages eingehenden Beträge. Wer einen Betrag zur Hindenburgspende leisten will, hat hierzu Gelegenheit bei allen Postämtern, Eisenbahnstationen, Banken, Sparkassen usw., sowie durch Ueberweisung auf eines der Postkonten der Hindenburg-Spende (s. B. Berlin 73800). Die Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende befindet sich in Berlin NW 40, Schornhorststraße 35. Im Zusammenhang mit ihr arbeiten in Bayern, Sachsen und Württemberg besondere Landesgeschäftsstellen. Die Verwendung der aufkommenden Mittel liegt in der Hand des Reichspräsidenten. Nach seinem Wunsch sollen die Gelder den Kriegerverwunden und Kriegsschädigten zugutekommen. Näheres darüber kann erst nach Abschluß der Sammlung mitgeteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß alle aufkommenden Beträge reiflos an die Geschäftsstelle und damit später an den Herrn Reichspräsidenten gelangen. Eine Abrechnung der Mittel für örtliche Zwecke findet in keinem Falle statt. Unabhängig von der Annahme von Spenden bei den gekennzeichneten Stellen veranlassen zahlreiche wirtschaftliche Verbände usw. unter sich für die Hindenburg-Spende zu Sammlungen. Eine Reihe von Tageszeitungen hat ebenfalls Sammlungen eingeleitet. Auch diese Mittel fließen selbstverständlich reiflos durch Vermittlung der Geschäftsstelle der Hindenburg-Spende dem Herrn Reichspräsidenten zu. Stroh- und Hausammlungen finden grundsätzlich nicht statt.

Hindenburg bei der Taufe seiner Urenkelin.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg, der nach Großhulst in Wommern gereist ist, um der Taufe seiner Urenkelin, des Töchterchens des Rittergutsbesizers v. Brockhausen-Justin beizuwohnen, war bei seiner Ankunft dort Gegenstand lebhafter Ovationen. Von nah und fern war die Bevölkerung herbeigeeilt, um Hindenburg zu begrüßen. Im Kreise seiner Angehörigen, seines Schwiegeronkels, Landrat v. Brockhausen und dessen Sohnes und Gemahlin, der Eltern des kleinen Taufkinds wurden dem Reichspräsidenten Beweise rührender Anhänglichkeit dargebracht. Freundlich dankend nahm Hindenburg die Feldblumensträuße der Landfrauen und ihrer Kinder entgegen. Nachmittags stellten sich auf der Straße und im Park rund 2000 Mitglieder der Krieger- und Reitervereine, des Jungsturms, der Jungmädchengruppen, des Stahlhelms und andere vaterländischer Verbände auf. Hindenburg schritt die Front ab, 999 viele der alten Krieger in ein Gelächel und gab seiner Freude Ausdruck, auch hier so manchen Mitschmerz begrüßte zu können.